



des Großherzogthums Posen.

Druck und Verlag der Hof-Buchdruckerei von W. Decker & Comp. Verantwortlicher Redakteur: G. Müller.

Inland.

Berlin, den 6. April. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem ersten Kassirer der Staatsschulden-Eiligungskasse, Dietrich, den Titel eines Rechnungs-Rathes zu verleihen.

Die in neuerer Zeit in manchen Gegenden vorgekommenen Exzesse und Angriffe gegen die Personen und das Eigenthum veranlassen den Justiz-Minister, dem (Lit.) es zur besondern Pflicht zu machen, gegen derartige Gesetzes-Übertretungen mit aller Energie einzuschreiten und die Schuldigen so schnell als möglich der verdienten Strafe entgegen zu führen.

Von dem bewährten Pflichtreifer der Justiz-Beamten erwartet der Justiz-Minister, daß dieselben unter keinen Umständen ihren Posten verlassen, und gerade jetzt, in den Zeiten der Aufregung, ohne Rücksicht auf ihre Person, überall dem Gesetze Geltung zu verschaffen wissen werden. Berlin, den 4. April 1848.

Der Justiz-Minister Bornemann.

An sämtliche Königliche Obergerichte und den General-Procurator zu Köln.

Se. Durchlaucht der Fürst zu Bentheim-Tecklenburg-Rheda, ist von Rheda hier angekommen.

Berlin, den 7. April. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Das erledigte Präsidium bei dem Ober-Landesgericht zu Radibor einstweilen dem bisherigen Staats-Anwalt beim Kammergericht, Geheimen Justizrath August Wenzel, zu übertragen, und den Wirklichen Geheimen-Rath von Frankenberg-Ludwigsdorf zu Posen auf seinen Antrag seiner Stellung als Chef-Präsident des Ober-Appellationsgerichts und des Ober-Landesgerichts daselbst zu entheben und ihn zur Disposition zu stellen.

Einfach und wohlfeil will man die Regierungen, so hört man jetzt vielfach, und Manche setzen hinzu: deshalb wollen wir Republik. Man muß mit der Geschichte und den Einrichtungen der zeitlich bestandenen Republiken nicht sehr bekannt sein, wenn man glaubt, die republikanische Verfassung sei eine besonders einfache und wohlfeile. Wir wollen die Beispiele nicht aus den sehr complicirten Verfassungen der Republiken des Alterthums und Mittelalters entlehnen. Auch die Verfassung der Vereinigten Staaten von Nordamerika erscheint nur Dem so einfach und wohlfeil, der sich einbildet, sie bestehe nur in der Verfassung und den Einrichtungen der Union, und nicht an die einzelnen Staaten denkt. Den Süd-amerikanischen Staaten ist ihre republikanische Verfassung viel theurer zu stehen gekommen als früher ihr Königthum. Von den Verfassungen der ersten Französischen Republik waren nur die erste und zweite einfach, aber jene bestand nur ein Jahr, diese kam gar nicht in Ausführung, und wohlfeil war keine, denn der Staat und Millionen mit ihm machten unter ihnen Bankrott. Die dritte und vierte Verfassung, welche wenigstens einige Jahre aushielten, waren weder einfach noch wohlfeil. Selbst die Verfassungen der kleinen Schweizerkantone sind meist sehr complicirt und scheinen nur wohlfeil, weil viel altes Staatsgut da ist und weil die Bürger Vieles umsonst thun müssen. Wenn unsere Staaten nicht einfach und nicht wohlfeil regiert werden, so liegt der Grund nicht in der Erblichkeit der obersten Würde an sich, sondern theils in der Vielseitigkeit und Schwierigkeit der obersten gesellschaftlichen Aufgaben, theils allerdings in dem festländischen Zuvielregieren. Beides aber ist in Republiken so gut möglich wie in Monarchien und überhaupt ist das „einfach und wohlfeil“ ein gefährlicher Maßstab, denn z. B. der Russische Staat ist weit einfacher und wohlfeiler als der Englische. Eine wohlfeile Regierung, welche zum Grund wird, daß die Gesellschaft fortwährenden Unruhen und Erschütterungen ausgesetzt ist, wird sehr kostspielig. Den heutigen Franzosen kommen ihre jetzigen Herrscher, die Duvriers, welche nicht arbeiten wollen, weit theurer zu stehen als früher der König. Eine wohlfeile Regierung, welche es deshalb ist, weil sie die wichtigsten Aufgaben der Ge-

ellschaft vernachlässigt, wäre sehr theuer. Man kann wohlfeil regieren, wenn man z. B. die Beamten schlecht bezahlt, und doch kann das dem Staate und Volke unsäglich viel kosten. Auch ist es eine falsche Rechnung, wenn man glaubt, das Volk zahle nur die Steuern, die im Budget stehen, und seine unentgeltlichen Dienste für den Staat seien nicht auch eine Steuer. Wir wollen eine gute Regierung, welche die wahren Aufgaben der Gesellschaft mit Würde, Kraft, Vollständigkeit und Gediegenheit löst und unter deren Schutze die Werke der Völker im Frieden gedeihen. Sie soll nicht mehr thun als nöthig ist, aber das Nöthige wahrhaft und gut. Sie soll die Kraft und den Sinn des Volks zu würdiger Selbstthätigkeit ermuntern; sie soll weite und freie Bahnen eröffnen, auf denen sich alle edle Kraft im Volke für das Gemeinwohl rege, und freuen wir uns, wenn das sich daraus entwickelnde Staatsleben einfach und wohlfeil wird oder scheint, aber preisen wir es nicht deshalb, sondern weil es tüchtig und edel ist und zu den besten Zwecken die besten Mittel anwendet.

Berlin. — Unser neuer Finanzminister, Hr. Hansmann, hat dem König bereits einen sehr praktischen Vorschlag gemacht, dessen Ausführung unsern in diesem Augenblicke durchaus zerrütteten Erwerbs-, Handels- und Creditverhältnissen ohne Zweifel günstig aufhelfen würde. Dieser Vorschlag besteht darin, aus den bedeutenden Baarschätzen des königlichen Staatsschatzes 5 bis 6 Millionen Thaler in die Bank einzuschießen und dadurch eine Belebung des Verkehrs hervorzurufen. In jedem Falle würde dies besser sein, als in einem so kritischen Augenblicke solche Summen im Staatsschatze müßig liegen zu lassen. Unsere Geldmänner hoffen übrigens, daß der Zustand unserer Börse sich schon in einigen Tagen wieder günstiger gestalten werde. Als ein vortheilhaftes Symptom muß man in dieser Hinsicht schon das Fallen des Goldes deuten, welches sich gestern unerwartet auf unserm Geldmarkte gezeigt hat. Mit unsern Lebensmittelpreisen steht es merkwürdig gut. Den Preis der Kartoffeln haben wir hier seit mehreren Jahren nicht so niedrig gesehen, was das Volk dem Einschreiten der Studenten beimißt, welche durch ihr Haranguiren der Landleute auf dem Markte die Preise regelten. Die Studenten sind seit unserer Revolutionsnacht eine große Autorität für das hiesige Volk geworden.

Man sagt, daß Herwegh aus Paris hier angekommen ist und bei seinem Schwiegervater, dem Kaufmann Siegmund, wohnt. — Vor der Stubenthür einer bekannten Dame, die sich der Gunst eines von hier abgegangenen einflussreichen Mannes in hohem Grade zu erfreuen hatte, war neulich ein Zettel mit der Aufschrift angeschlagen: „National-Eigenthum.“ Sie sehen daraus, daß man hier auch noch Humor hat und Spaß machen kann.

Unter den Arbeitern bricht sich der gesunde Sinn erfreulicher Weise immer mehr Bahn. Namentlich sollen aber die Fabrikarbeiter, welche in den fortbauenden Aufreizungen ihre Interessen in hohem Grade gefährdet sehen, entschlossen sein, fortan allen Aufwiegeln aufs entschiedenste entgegenzutreten.

Gegen 3000 Nationalgardisten versehen während der Landtags-Versammlung den Dienst außerhalb des Schlosses, um jede Störung zu verhüten.

Das hier unter dem Namen „Gebrüder Weit“ so allgemein geachtete alte Banquierhaus, welches wegen ausgebliebener Remissen zum allgemeinen Bedauern seine Zahlungen einstellen mußte, hat noch am 1. d. M. Wechsel von 203,000 Thalern baar ausgezahlt. Gedachtes Geschäftshaus besteht hier bereits seit 72 Jahren und hatte sich während dieser Zeit immer des größten Vertrauens und der Hochachtung zu erfreuen. Von allen Seiten bemüht man sich, diesem Hause recht bald wieder aufzuhelfen. Die Activa desselben sollen die Passiva um mehr als 200,000 Thlr. übersteigen.

Berlin. — Die hiesige Bossische Zeitung enthält folgende Artikel: Es ist eine Deputation Polnischer Bauern hier eingetroffen, welche Sr. Excell. dem Hrn. Minister v. Auerwald den Wunsch vorgetragen hat, sich der von den Polnischen Edelleuten angeregten Bewegung nicht anzuschließen. Sie wollen ebenfalls Deutsch bleiben. Man sieht, daß der widerstrebenden und berechtigten widerstrebenden Elemente in Polen sehr viel sind.

Durch eine gestern hier eingetroffene Deputation sind dem Minister v. Auerswald Petitionen folgender Gemeinden des Großherzogthums Posen überreicht worden: 1) von der Stadt Kwieciszewo, 2) v. d. Stadt Gombie, 3) v. d. Stadt Strzelno, 4) v. d. Colonie Wielko, 5) v. d. Dorf Zbytowo, 6) v. d. Col. Cieniszko, 7) v. d. Col. Stodoly, 8) v. d. Col. Gr. Slawsk, 9) v. d. Col. Kl. Slawsk, 10) v. d. Col. Cierchrz, 11) v. d. Col. Wlostawo, 12) von der Gemeinde Krummnie, 13) v. d. Df. Stodoly, 14) v. d. Df. Kiaz, 15) v. d. Df. Chrosno, 16) v. d. Df. Rzezyn, 17) v. d. Df. Sierakowo, 18) v. d. Df. Cierchrz, 19) v. d. Df. Sierniki, 20) v. d. Df. Markowice.

Die Unterzeichner derselben sind zum größten Theile Polnische Bürger und Bauern. In mehreren Dorfgemeinden haben die Polnischen Bauern Geld zusammengeschossen, um eine Deputation ihrer Nation und ihres Standes hierher zu senden, die persönlich ihre Petitionen überreichen soll.

In sämmtlichen Petitionen ist die Erklärung enthalten: Daß die Unterzeichner ihre bürgerliche Selbstständigkeit und ihren Wohlstand ihrer Verbindung mit Preußen verdanken, sie daher Preussisch bleiben wollen und eine Veränderung ihres Rechtszustandes, sowie eine Reorganisation im Sinne des Polnischen Adels, nicht verlangen. Sie bitten ausdrücklich, bevor irgend eine Maßregel ergriffen würde, welche eine Veränderung ihrer gegenwärtigen Verhältnisse bezweckt, den Willen der Einwohner durch Abstimmung — Mann für Mann — ermitteln zu lassen.

Halle, den 5. April. Eine Anzahl Geistlicher aus der Umgegend von Halle und Magdeburg, meist Glieder der ehemaligen protestantischen Freunde, waren nebst einigen Gästen aus Leipzig heute unter Vorsitz des Professors Franke hier versammelt. Zunächst ward eine von P. Hildenhagen verfaßte Adresse an den Kultusminister, Grafen v. Schwerin, berathen, in welcher nach kräftiger Schilderung des vererblichen alten Systems der Bevorzugung der Orthodorie, um Selbstständigkeit und Freiheit für die evangelische Kirche Preußens gebeten wurde. Eine andere Adresse an den Generalsuperintendenten Möller in Magdeburg, welche ihn veranlassen sollte, freiwillig von seinem Amt zurückzutreten, ward verbreitet, und in einer dritten Zuschrift die Bitte um Wiederanstellung des auf eine Reklamation des Sächsischen Ministers v. Könnert aus seinem Amt entfernten Licentiaten der Theologie, Dr. Schwarze, ausgesprochen. Auch wurde der Vorschlag des erst nach den Berathungen erschienenen Uhlich, die Versammlungen der protestantischen Freunde in Köthen wieder ins Leben zu rufen, nach Ablehnung des alten Namens angenommen. Mittwoch nach Ostern soll in Köthen die erste Versammlung zu Besprechung der evangelisch kirchlichen Verfassungsfrage gehalten werden. Die Entwerfung des Programms ward einem Comité, Uhlich, Fubel und Fischer, übertragen.

Erfurt, den 3. April. Unser Krackrügge ist nun wieder hier, empfangen von der allgemeinsten Theilnahme. Von Weimar führten ihn seine Freunde vier-spännig im bekränzten Wagen und unter Begleitung der von hier gekommenen Deputation nach Erfurt, wo er unter tausendstimmigem Jubel seinen Einzug hielt. Abends im Theater begrüßten ihn die Stadtverordneten. Krackrügge ward zum ersten Vorsteher des Bürgervereins und zum Landtagsabgeordneten gewählt, welche letztere Stelle er jedoch bestimmt ablehnte.

Aus der Provinz Preußen, den 31. März. Eine Anzahl Rittergutsbesitzer des Mohrunger Kreises hat ihren Landtagsdeputirten (dem Obermarschall des Königreichs Preußen, Reichsgrafen v. Zinckenstein, und dem Generallandschaftsrath v. Kunheim) folgende Erklärung zugestellt: Die unterzeichneten Wahlberechtigten sehen sich in Folge der Einberufung des Vereinigten Landtags zum 2. April d. J. zu nachstehender Erklärung veranlaßt: 1) in Betracht, daß Sr. Maj. der König seinem Volke Stände mit entscheidender Stimme und verhältnißmäßiger Vertretung aller Volksklassen und mit allen sonstigen Erfordernissen einer freien ständischen Verfassung bewilligt hat; 2) in Betracht, daß das Patent vom 3. Febr. 1847 weder obigen durch das Blut unserer Brüder so theuer errungenen Versprechungen entspricht, noch je Sympathien beim Volke gefunden hat, erklären wir hierdurch den Deputirten unsers Kreises sowohl als denen des ganzen Landes: daß wir die zum 2. April d. J. nach dem erwähnten Patent vom 3. Febr. 1847 im Drange der Zeitereignisse zusammenberufenen Stände, mit Ausschluß aller andern Beschlüssen, lediglich nur zur Berathung einer neuen Wahlordnung, mit Rücksicht auf Vertretung aller Volksklassen competent halten, und daß nach Vollzug dieses Akts, um die Verheißungen Sr. Maj. zu erfüllen, nothwendig sogleich eine Zusammenberufung der Volksvertreter im Sinne dieser Verheißungen, mit vorhergegangenen neuen Wahlen statthaben muß.

In einigen unserer Städte haben die Deutschen Farben keine günstige Aufnahme bei den niedern Volksklassen gefunden. In Danzig wurden Personen, die mit der schwarz-roth-goldenen Kokarde auf der Straße erschienen, von Sackträgern verfolgt und gemißhandelt. In größern Excessen kam es aus gleichem Anlaß unter Andern in der Stadt Liegenhof. Um die Leute eines Bessern zu belehren, steckten in Danzig der Präsident der Regierung und der Polizeipräsident selbst große Deutsche Kokarden auf und erklärten den sich angassenden Hausen die Bedeutung dieser Farben und daß selbst der König sich mit ihnen schmücke. Diese Herren müssen aber doch nicht verstanden worden sein, denn gleich darauf verfolgte der Pöbel mit wildem Geschrei solche Männer, welche die Kokarde trugen. Auf dem Papier haben wir eine beinahe vollkommene Volkserziehung, in der Wirklichkeit bleibt aber noch sehr viel übrig, um die untern Klassen von der Rohheit und Dummheit zu erlösen. Die mechanische Katechismusbildung der niedern Volksschulen wird einer andern Unterrichtsweise Platz machen müssen, wenn eine wahre Erhebung dieser traurig verwahrlosten Menschen bewirkt werden soll.

Stettin den 4. April. Zu einem beklagenswerthen Vorfall hat gestern die hieselbst unter den ungebildeten Klassen der Gesellschaft künstlich gemachte Ausregung gegen die Deutsche Kokarde und die progressivsten Bewegungen in unserer Hauptstadt geführt. Einige Berliner Studenten, zum Besuche bei Freunden hier anwesend, machten mit diesen einen Spaziergang durch die vor dem Anclamer Thore belegene Vorstadt Kupfermühle, und sahen sich halt wegen der Deutschen Kokarde und der Waffen, die sie trugen, von einem Betrunknen insultirt und angegriffen, dem sich ein stets wachsender und aufgeregter werdender Volkshaufe zugesellte. Die jungen Männer vermieden, nach dem Urtheile vieler unparteiischer Augenzeugen, jeden Anlaß zum Streit und machten mehrfache Versuche, der unwürdigen Scene durch gütliches Zureden ein Ende zu machen. Nichtsdestoweniger wurden, und leider, wie glaubhafte Zeugenaussagen bekunden, auf Zureden von Männern aus den gebildeten Ständen, ihnen die Säbel aus der Scheide gerissen und man hieb damit auf sie und ihre Begleiter ein. Zum Glück hatten die Hiebe mit den stumpfen Uhlanen- oder Dragoner-Säbeln keine andere Folge, als Beulen und zerfetzte Kleidungsstücke. Der Vorfall ist darum aber nicht minder beklagenswerth. Eine Anzeige bei der Polizei hat die Wiederherausgabe der genommenen Waffen und die Einleitung der Untersuchung zur Folge gehabt. Hoffen wir, daß die Folgen der letzteren und besseres Einsehen für künftig solche Scenen unmöglich machen. Uebrigens wäre es wünschenswerth, daß unsere städtischen Behörden geeignete Schritte zur Aufklärung des Volks über die Bedeutung der Deutschen Kokarde und der neuesten Schritte unseres Königs thäten.

Wie wir aus sicherer Quelle vernehmen, hat der Däne Lehmann in Berlin sich dahin ausgesprochen: daß Dänemark einen Krieg mit Deutschland keinesfalls herbei wünsche, daher Holstein wie Schleswig Propositionen gemacht habe, von denen er glaube, daß sie durchaus acceptabel wären, demnächst aber entschlossen sei, falls diese verworfen würden, den Krieg mit allem ihm zu Gebote stehenden Nachdruck zu führen. Ein Versprechen im Namen Dänemarks, daß dasselbe, für den Fall eines Krieges, Privat-Eigenthum respektiren, in specie Preussische Schiffe nicht kapern oder wegnehmen werde, hat Lehmann nicht geben wollen, und vielmehr bemerkt, daß Dänemark, da es zu Lande keine Kräfte, gleich Deutschland, entwickeln könne, genöthigt sein werde, desto wirksamer zur See zu verfahren, wo Deutschland (leider!) ja ganz widerstandslos sei.

Köln, den 3. April. Es gehen hier Dinge vor, die man vor vierzehn Tagen noch für unmöglich gehalten haben würde. In mehreren Gemeinden halten nämlich die Bürger strenges Gericht über ihre Bürgermeister, und nöthigen sie, wie auch verschiedene Landwirthe ihr Heil in der Flucht zu suchen. Bei uns im Jülicher Lande sind unbeliebte Pfarrer nicht minder nachdrücklichen Demonstrationen ausgesetzt.

Düsseldorf, den 3. April. Der bekannte Landtags-Abgeordnete von Thadden, wegen seines Literatengalgens in noch frischem Andenken stehend, verweilte einige Tage in unserer Stadt und hat mit Genehmigung seines Freundes, des Generals v. d. Gröben, in einer Versammlung der Offiziere der Kaserne dieselben durch eine Probe seines überschwenglichen Royalismus zu haranguiren versucht. Die Rede schloß mit der etwas merkwürdigen Versicherung: „er werde sich jetzt zum Landtag begeben, um zu zeigen, daß er kein Hundsf... sei.“

A u s l a n d.

D e u t s c h l a n d.

Leipzig, den 4. April. Ein Volkshaufe von 1000 Mann hat die Jahn'sche Fabrik in Mitweida überfallen, ist in den Hof gedrungen und hat dort einen mörderischen Kampf begonnen, bei welchem über 20 Mann verwundet wurden. Nur durch einen Zufall rettete der Fabrikbesitzer Jahn, ein Ehrenmann, sein Leben, die Fabrik und das Wohnhaus wurden vollständig zerstört. Das Militär hat später 40 Luntnanten nach Zwickau abgeführt.

Leipzig, den 5. April. Unser Ministerium des Auswärtigen hat einen vom Könige genehmigten Entwurf der Bundesreform an die Höfe in Wien, Berlin und München versendet. Es ist volksthümlich, daß Todt ihn ohne Weiteres als seine gesandtschaftliche Instruction annahm. Die Hauptgrundzüge desselben sind: Oberhaupt mit verantwortlichem Ministerium, Parlament mit einem Hause der Fürsten und einem gewählten Hause (1 auf 100,000), in welches jeder unbescholtene Mann von 30 Jahren wählbar ist; Bundesgericht; jedes Haus hat die Initiative, das zweite allein die Geldbewilligung; zur Competenz des Parlaments gehört die Justizgesetzgebung, Presse, Zollwesen, Münze, Maß und Gewicht, Heer und Flotte; die Particulargesetzgebung soll die Administrativgesetzgebung und die dringend nöthigen Modificationen der Bundesgesetze behalten. (L. Z.)

Leipzig, den 6. April. Ich erhalte soeben sub 28/16. März aus St. Petersburg die Nachricht, daß ein R. Russ. Ukas vom 23./11. März verbietet, Russischen Unterthanen Pässe ins Ausland zu erteilen, und daß auch selbst Kaufleute, welche in dergleichen Fällen sonst stets noch bevorzugt wurden, nicht hinausdürfen.

München, den 2. April. Das Ministerium des Innern hat unterm 24. März eine Entschliefung erlassen, in der es hervorhebt, daß die Deutung, welche von Manchen den königl. Proclamationen vom 6. März (Nr. 70) gegeben sei, als sei hierdurch die Aufhebung der Steuern, eine Tilgung aller Schulden,

eine Verjagung der Israeliten aus dem Lande, ein freier Bezug von Streit und Holz, eine Entbehrlichkeit der Rechtsanwälte und dergl. bewilligt worden, gänzlich irrig sei, und hinzusetzt, daß da, wo eine Beruhigung der Gemüther nicht eintreten, vielmehr Aufruhr in ganzen Distrikten und Excesse in einzelnen Gemeinden sich wiederholen sollten, zur Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung und des amtlichen Ansehens alle zu Gebote stehenden Maßregeln anzuwenden, ja sogar in den betreffenden Fällen das Standrecht in Anwendung zu bringen sei.

Hamburg, den 3. April. Die Stadt Apenrade ist am 1. durch 1800 Mann Dänischer Truppen ohne Schwertstreich besetzt worden, indem sich die dort aufgestellten Studenten und Jäger auf Bau, zwei Stunden von Flensburg, zurückzogen, wo das Schleswig-Holsteinische Armeecorps sich concentrirt. Diese Besetzung von Apenrade ist ein großer Verlust für die Schleswig-Holsteinische Partei. Hamburg wird ein wohlgeübtes, uniformirtes und bewaffnetes Freicorps von 200 Mann senden. Die Mitglieder desselben tragen grüne Röcke, dunkles Beinkleid, leichte Kopfbedeckung, Büchse und Hirschfänger. Die Nachricht, daß Englische Kriegsschiffe in den Deutschen Gewässern erschienen seien, ist un wahr.

Die Ereignisse in Schleswig-Holstein drängen zur Entscheidung. Die Einnahme von Habersleben und Apenrade durch die Dänen sind wichtige Ereignisse durch den moralischen Einfluß. Weiter dürfen die Deutschen nicht zurückgehen und es muß bei Bau zum Zusammenstoß kommen, wenn nicht etwa die Dänischen Truppen Befehl haben, sich auf die Besetzung der Städte zu beschränken, welche sich friedlich fügen. Der Herzog von Augustenburg, Christian August, hat aus Rendsburg vom 31. März eine Proklamation erlassen, in welcher er erklärt, für den Anschluß an die Einheits- und Freiheitsbestrebungen Deutschlands Gut und Blut opfern zu wollen.

Kiel, den 2. April. In der Nacht vom 31. März auf den 1. April ist die aus den Turnern, Studenten und einer Abtheilung des Kieler Jäger-Corps bestehende Vorhut unserer Armee vor der augenblicklich überlegenen Dänischen Truppenmacht von Apenrade bis eine Stunde nördlich von Flensburg zurückgegangen. In Flensburg ziehen sich allmählich unsere Truppen zusammen.

Ein hier aus Galmar eingelaufenes Schiff verbreitet das Gerücht von einer in Schweden ausgebrochenen Revolution, wonach alle ritterschaftlichen Mitglieder verjagt seien. Man verlange die Norwegische Verfassung.

In Jütland soll vielfach Unzufriedenheit mit den von den Kopenhagenern verschuldeten kriegerischen Wirren herrschen.

Aus Schleswig vom 1. April schreibt man: „Heute Morgen um 7 Uhr zog das hieselbst gebildete Freicorps unter Jubel und Musikkbegleitung nordwärts von dannen, um, wie man meint, noch an demselben Tage Apenrade zu erreichen. Eine muthige Schaar aus den verschiedenartigsten Elementen, aber einig in dem Einen Gedanken, der jetzt Alles befeelt, theure Rechte zu schirmen und heilige Güter zu verteidigen.“

Frankfurt, den 2. April. In dem zweiten Theil der gestrigen zweiten vorbereitenden Versammlung zum Deutschen Parlament lag zunächst die Frage zur Entscheidung vor, wann die constituirende Nationalversammlung zusammentrete, und wie dieselbe berufen werden solle. Der Antrag des Präsidenten, der auch im nachherigen Verlauf der Debatte mit Stimmeneinhelligkeit zum Beschluß der Versammlung erhoben wurde, lautete dahin, daß die constituirende Nationalversammlung nächsten Montag über vier Wochen (also am 1. Mai) in Frankfurt zusammentreten müsse. Lebhaft und lange Verhandlungen veranlaßte nun die Frage, wie es in der Zwischenzeit gehalten werden solle. Zwei Hauptansichten machten in der Versammlung sich geltend: die eine von Wesendonk in einen Antrag formulirte und von vielen Reduern unterstützt, es solle aus der Versammlung ein permanenter Ausschuß von 50 Männern gewählt werden, die zweite, namentlich von Hecker befürwortete, die ganze Versammlung möge sich bis zum Zusammentritt der constituirenden Nationalversammlung unbedingt für permanent erklären. Auch dieser Antrag fand vielseitige Unterstützung; beide Anträge aber suchte von Jzstein durch einen dritten zu vermitteln, die Versammlung möge sich für moralisch permanent erklären und einen Ausschuß von 50 Männern wählen, an dessen Beratungen denn auch die eben hierbleibenden Mitglieder der Versammlung Theil nehmen möchten. Aber auch dieser Antrag führte zu keiner Einigung; die Meinungen gingen namentlich in dem Punkt auseinander, welche Stellung der permanente Ausschuß neben oder der Bundesversammlung gegenüber einnehmen solle. Da stellte und motivirte von Gagern aus Darmstadt folgenden Antrag: 1) Einen Ausschuß von 50 Mitgliedern zu wählen. 2) Den Ausschuß zu beauftragen, die Bundesversammlung zur Wahrung der Interessen der Nation und bei Verwaltung der Bundesangelegenheiten bis zur nahen Berufung der constituirenden Versammlung zu berathen und selbstständige Anträge an dieselbe zu stellen. 3) Die Bundesversammlung einzuladen, bezüglich der Bundesangelegenheiten bis zum Zusammentritt der constituirenden Versammlung mit dem Ausschuß, als Männern des Vertrauens des Volks in Benehmen zu treten. 4) Den Ausschuß zu beauftragen, im Falle der Gefahr die gegenwärtige Versammlung wieder einzuberufen. Lauter Beifall begrüßte diesen Antrag und von allen Seiten ließ sich der Ruf nach Abstimmung vernehmen. Nach einer kurzen Debatte über die Reihenfolge und Fragestellung, wie die Anträge zur Abstimmung gelangen sollten, wurde zuerst der Antrag auf unbedingte Permanenz der Versammlung bei der durch Namensaufruf erfolgten Abstimmung mit 368 Stimmen gegen 143 verworfen; eben so der früher vorgelegte Antrag die Permanenz der beratenden Versammlung bis zum Eintritt der constituirenden zu bestimmen, und die gegenwärtige Versammlung

mittlerweile mit beratenden Mitgliedern von Oesterreich und Preußen halbmöglichst beschicken zu lassen. Damit diese Permanenz möglich werde, könne der Präsident auf Begehren der Mitglieder bis zum Minimum von 50 derselben Urlaub ertheilen, und bleibe somit immer noch ein vertrauensvoller Ausschuß von wenigstens 50 Mitgliedern beisammen. Auch der v. Jzstein'sche Antrag wurde nicht angenommen. Dagegen wurde der Antrag v. Gagern's bei Abstimmung durch Aufstehen und Sigensbleiben mit weitaus überwiegender Mehrzahl von der Versammlung zum Beschluß erhoben.

Frankfurt a. M., den 2. April. Wir glauben frohen Herzens sagen zu können: Deutschland ist gerettet, gerettet durch die Ergebnisse der beiden ersten Tage der Frankfurter Volksversammlung. Nicht als ob wir uns schmeichelten, daß von heute an Deutschland geordnet sei, weil hier in Frankfurt nach dem Sturme der leidenschaftlichsten Bewegung so rasch und durchgreifend Selbstbeherrschung und Ordnung den Sieg davongetragen haben. Wir fühlen und ahnen sehr gut, daß die Wellen noch lange nachtoben müssen, und es ist auch gut, daß sie es thun werden. Aber die beiden ersten Versammlungen des Frankfurter Volkstages haben uns im Bilde das Geschick Deutschlands gezeigt, und das Bild hieß: durch den Sturm und trotz des Sturmes in den sichern Hafen der Freiheit, der Ordnung und des Volkswohls! Diese Ueberzeugung hat die unendliche Mehrzahl zum Trost, eine kleine Minderzahl freilich auch mit Zorn und Ingrimm davongetragen. Diese Minderzahl wird sich regen; aber das Deutsche Volk wird, wie seine Vertreter in Frankfurt, sich erheben und seine Pflicht thun, und den Wählern sagen: Wir wollen frei sein, aber nicht wie Sklaven, die ihre Ketten brechen, sondern wie mündige Männer, die ihr angeborenes Erbe von unwürdigen Vormündern zurückfordern. Das ist der Geist, der hier in Frankfurt die unendliche Mehrzahl der Abgeordneten von Nord und Süd, von Ost und West befeelt, und der, das ist unsere Hoffnung und unsere Ueberzeugung, von Frankfurt aus sich auch nach Ost und West, nach Süden und nach Norden durch die Gauen des erstandenen Deutschlands verbreiten wird. Man hat Vieles gethan, um die Frankfurter Versammlung in die Bahn der wilden Empörung hineinzustößen, aber es ist bis heute nicht gelungen und wird auch in den nächsten Tagen nicht möglich sein. Man hat der Versammlung mit den Schrecken der wilden Haufen gedroht, aber sie hat sich nicht schrecken lassen; man hat ihr das Gespenst der Reaction gezeigt, aber sie befahlte sich selbst und sagte sich selbst: „Es ist nicht wahr, ich träume nicht, die Sonne der Freiheit ist aufgegangen, und das Deutsche Volk hat seine letzten Fesseln gesprengt.“ Sich überschlagen in diesem Augenblicke würde eine Feigheit, würde ein Gefühl des Mißtrauens in die Kraft Deutschlands sein, denn alle Macht ist heute gebrochen und nur des Volkes steht aufrecht. Und wer da sagt: Habe Furcht vor deinen Feinden, der beweist, daß er nicht ahnt, wie tief diese Feinde getroffen sind, daß er keinen Begriff davon hat, wie stark das siegreiche Volk ist. Deutschland wird frei und mächtig werden, wenn es sich selbst so weit besiegt, wenn es so weit Vertrauen in sich selbst erlangt, daß es trotz des Sturmes der Elemente den Kopf nicht beugt, sondern aufrecht und in stolzem Schritte des freien Mannes seinem festen Ziele fest und unwandelbar zustrebt; dieses Ziel heißt: Freiheit, Ordnung, Volkswohl! Und die beiden ersten Versammlungen des Frankfurter Volkstags sind uns eine Bürgschaft, daß Deutschland manneswürdig diesem Ziele zustreben, und es so auch sicher erreichen, nicht unterwegs ob sinnlosem Rennen in Angst und Schrecken zusammenbrechen wird. Thue jeder seine Pflicht, wie Jeder sie hier in Frankfurt gethan hat, und Deutschland ist gerettet.

Die Illumination unserer Stadt am gestrigen Abende war überraschend prachtvoll. Frankfurt war von einem Lichtmeere übersutet. Der Abend war zauberähnlich. Unzählige Volksmassen durchwogten alle Theile der Stadt. Es herrschte allenthalben eine musterhafte Ordnung; kein Miston störte die allgemeine Freude.

Oesterreichische Staaten.

Wien, den 2. April. Auch in Parma ist mit Pistolen und Kartätschen auf das Volk geschossen worden, bis der Herzog in der Meinung, nicht mehr auf die Seinigen zählen zu können, sich entfernte. Gleichzeitig brach in Piazenza der Sturm gegen die Jesuiten los. Der König von Sardinien soll bei dem Ausbruch nach der Lombardei gesagt haben: „Es muß einmal sein. Wenn es mir gelingt, so wird ganz Italien gewinnen, wenn es mir nicht gelingt, so sind nur ich und meine Familie verloren; ich darf also nicht zögern.“

Gestern Nachmittag wurde unter großem Jubel einer zahlreichen Volksmenge und Studenten die schwarz-roth-goldene Fahne von dem Kaiser selbst aus einem Fenster der Hofburg geschwungen, und daselbst angestreckt. Eine gleiche Fahne weht vom Stephansthurm und von der Universität.

In Gallizien ist der Bauernkönig Szela, der Führer bei dem Bauernkriege des vorigen Jahres, welcher sich dann der Regierung anschloß, in seiner Wohnung erhängt gefunden worden.

Seit drei Tagen ist hier an mehreren Orten in Folge eines Aufrufs an die Bewohner Wiens freie Werbung zu einem eigenen nach Italien bestimmten Corps, genannt: „die Wiener Freiwilligen.“ Diesem Aufruf folgten seit zwei Tagen mindestens gegen 4000 Mann, und man rechnet darauf, daß sich eben so viele noch melden werden. Dienstag den 4. marschirt dieses Corps nach Italien ab. Dieselben erhalten nebst Montur, täglich einen angemessenen Geldbetrag zu ihrer Verpflegung. — Heute Nacht ist das Regiment Erzherzog Carl nach Italien abgegangen. — Das heutige Amtsblatt zur Wiener Zeitung enthält das provisorische Preßgesetz. Es wurde hier, besonders aber von Seiten der Universität sehr

unfreundlich aufgenommen. Wie versichert wird, ist es von den Studenten auf der Universität verbrannt worden.

Bei der gestern Sonnabend unter dem Vorsitz des Minister-Präsidenten Gr. v. Kolowrat Statt gefundenen Versammlung des Ministerrathes wurden die Maßregeln zur Sicherheit und Pacificirung des Lombardisch-Venetianischen Königreichs, und die Bestimmungen wegen Ergänzung des Ministerrathes selbst, dann wegen Bestellung der Landesverwaltung Böhmens beschlossen.

Wien, den 3. April. Der Finanzminister Baron Rübek ist auf sein eigenes Ansuchen rücksichtlich seiner geschwächten Gesundheit in Ruhestand versetzt und statt seiner der Freiherr v. Krauß zum Finanzminister ernannt. Zum Kriegsminister wurde, wie man bereits seit 14 Tagen vermuthete, der K. K. Feldmarschall-Lieutenant Peter Zanini, seit vielen Jahren dem Hofkriegsrathe zugetheilt, befördert. — In Folge der Kriegserklärung Sardiniens steht uns nunmehr eine große Rekrutirung bevor und wird dieselbe in wenigen Tagen beginnen. Vorderhand sollen mit Ausschluß Ungarns (welches bereit ist, allein 100,000 Mann zur Verfügung zu stellen), von sämmtlichen Ländern 80—90,000 Mann (ohne Landwehr) ausgehoben werden. Die Armee dürfte sonach einen Aktivstand von 5 bis 600,000 Mann erhalten. Morgen wird von hier der erste Transport des Wiener Freiwilligen-Corps, welches bereits 5000 Mann zählt, mittelst der Eisenbahn nach Italien abgehen. — Dem bekannten Fürst Schwarzenburg, der in letzter Zeit in der Schweiz lebte, ist das Ober-Commando dieser Freischärler übertragen. — Seit gestern steht man hoch am Stephansthurme die Deutsche Fahne (schwarz-roth-gelb) wehen. Die Studirenden zogen gestern mit dem Deutschen Banner in die Kaiserl. Hofburg, und Sr. Maj. der Kaiser schwenkte von seinem Fenster aus die Deutsche Fahne unter ungeheurem Jubel der Bevölkerung.

Das Ministerium des Unterrichts hat den Custos Schaffarik von Prag zur Berathung über die Einrichtung von slavischen Volks- und Realschulen in den slavischen Provinzen der Oesterreichischen Monarchie und über die weiteren in den höhern Unterrichtsanstalten daselbst im Sinne einer volksthümlichen Ausbildung zu treffenden Reformen nach Wien berufen. Auch der Professor der Philosophie, Dr. Exner aus Prag, ist zur Dienstleistung in das Ministerium des Unterrichts berufen worden. (Wien. Z.)

Wien, den 4. März. Sr. Majestät der Kaiser hat den provisorischen Minister-Präsidenten Grafen Kolowrat wegen eines eingetretenen heftigen Unwohlseins, welches den unverschieblichen Gebrauch einer Kur dringend heischt, von der provisorischen Leitung des Ministerrathes zeitweilig entlassen, welche nunmehr interimistisch von dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Grafen Fiquelmont, besorgt wird.

(Schles. Z.) Die Nachricht über die Pacificationsentwürfe, welche nach abgehaltenen Staatsconferenzen mittelst eines außerordentlichen Kommissärs in der Person des Landmarschalls Grafen Montecucculi nach der Lombardei abgegangen sind, bestätigt sich vollkommen. — Morgen Mittags hat die Deputation des Königreichs Galizien Audienz bei Sr. Majestät. Ihre Anträge und Wünsche sind eben so umfangreich und stark, als die der croatischen Deputation. In Galizien ist bekanntlich das stärkste Element für die Regierung der Bauernstand, welcher unveränderlich an dem Kaiser hält. Man meldet hierüber aus Galizien und Böhmen, daß sich auf die ersten Wiener Nachrichten, daß der Kaiser in Gefahr sei, alle Bauern in Bewegung setzten, um der Dynastie zu Hilfe zu eilen. — Aus Presburg sind die heutigen Nachrichten sehr erfreulich. Der Reichstag wird am 12. geschlossen werden, nachdem von demselben eine große Rekrutenstellung bewilligt worden ist.

Prag. — Im Böhmischem Erzgebirge ist der Hunger-Typhus ausgebrochen.

Krakau, den 30. März. Wir fürchten sehr, daß die Monarchie hier in unserm kleinen Krakauer Gebiet eine Wunde hat, die noch empfindlich schmerzen dürfte. Die oft gehörte Behauptung, daß Krakau der Centralpunkt Polnischer Nationalbestrebung sei, scheint neuerlich sich bewähren zu wollen, und indem gar Viele die Wiederherstellung Polens als eine Sache, die sich von selbst versteht, betrachten, ist damit einer Ansicht die Bahn gebrochen, aus der sich bedenkliche Folgen entwickeln können. Nur die Furcht vor einem Einmarsche der Truppen dämpft noch einigermaßen die glühenden Wünsche vieler Aufgeregten; die Besonneneren haben alle Mühe, unruhige Bewegungen und damit die Veranlassung zu jenem Einmarsche fern zu halten. (Oesterr. Z.)

Ein uns aus Padua vom 26. März zugehendes Schreiben enthält das Gerücht, General d'Aspre sei ermordet — die Italiener hätten es ihm längst zugeschworen — sein Armeecorps habe sich über Schio nach Deutschland gewendet, auch Verona sei in den Händen der Bürgergarde und die Garnison ziehe ab. In Padua selbst stand Meneghini — der einige Wochen verhaftet gewesen — an der Spitze der revolutionären Departementalbehörde. — Nachschrift. In diesem Augenblick gehen uns noch drei Mailänder Zeitungen vom 27. und 28. März zu. Die provisorische Regierung machte einen Bericht des Kriegscomitats in Brescia bekannt, wonach der Chef des Generalstabs General Schönhals mit 2 Obristen, 2 Oberlieutenants, 51 Offizieren, 800 Mann Infanterie, 60 Dragonern und dem Deputaten Breindl (von Galizien her bekannt!) gefangen worden. Dabei wurden 3 Feldkanonen erbeutet.

Die Augsb. Postztg. enthält folgende Nachricht, die aber allem Anschein nach eben so unbegründet ist, als die in den letzten Tagen in Wien verbreiteten Gerüchte über eine günstige Wendung der Dinge in der Lombardei: „Vopen,

den 30. März. Ein burcheilender Kurier meldet so eben, daß Mailand capitulirt habe. Die Räubersführer sind ausgeliefert. Consul Casati wurde, nebst vier andern Häuptern der Republik, auf dem Walle erschossen. Hunger soll die Mailänder mürbe gemacht haben. Der Verkehr zwischen Tirol und der Lombardei ist wieder frei.

Presburg, den 31. März. Aus Pesth erfahren wir eben, daß der dort weilende Minister des Innern eine große Baarsumme, welche nach Wien geführt werden sollte, mit Beschlag belegen ließ. Zugleich haben die Pesther 30 Ctr. Pulver weggenommen, ohne daß es jedoch dabei zu einem Zusammenstoß mit dem Militair gekommen. Der Geist dieses letztern, unter welchem sich sehr viele Italiener befinden, soll vom kommandirenden General für wenig zuverlässig befunden worden sein. Die Pesther haben die Absicht ausgesprochen, die Ungarischen Minister, wenn sie vom Könige nicht bestätigt werden sollten, als provisorische Regierung zu proklamiren. — Nachschrift. 1½ Uhr. Eben sind der Erzherzog Stephan und die Minister Batthyanyi, Deak und Cötvyös auf einem Dampfboot aus Wien angekommen. Der König hat Alles bewilligt.

Innsbruck, den 29. März. (N. Z.) Der Feldmarschall Radetzki und der General d'Aspre stehen mit 60,000 Mann bei Verona und suchen alle noch vorhandenen Streitkräfte zu konzentriren um den Paß nach Tyrol offen zu erhalten; sie erwarten, daß ein Armeecorps von Inner-Oesterreich her die Verbindung über Udine wieder herstelle. Der Vicekönig ist in Vopen und will dort den Gang der Ereignisse abwarten. Hier wurde seit gestern eine Landeschuß-Deputation zur Organisirung und Leitung der Vertheidigungs-Anstalten gebildet. Denn man zweifelt nicht, daß die Italiener, die ohnedies in Südtirol viele Sympathieen haben, versucht werden, durch die Seitenthäler hereinzubrechen, die Gtsch zu gewinnen und die Kommunikation auf der Italienschen Hauptstraße zu unterbrechen. Ihr laut ausgesprochener Zweck geht dahin, den Grenzpaß des einigen und freien Italiens auf der Höhe des Brenners aufzustecken.

Triest, den 30. März. (J. d. Oest. Lloyd.) Die aus der Gazz. di Venezia mitgetheilte Nachricht von der Bildung einer provisorischen Regierung in Mailand hat sich nicht bestätigt.

In Pola hat sich ein unglücklicher Vorfall ereignet. Das Lloyd'sche Dampfboot „Mahmudie“, welches Truppen nach Pola führte, wurde, als es in den dortigen Hafen einfuhr, durch ein unseliges Mißverständnis vom Kastell aus beschossen. Einige Offiziere und einige Individuen von der Mannschaft wurden theils getödtet, theils mehr oder minder schwer verwundet; das Schiff selbst ist so beschädigt, daß es die Rückfahrt nicht antreten kann.

Frankreich.

Paris, den 2. April. Die provisorische Regierung hat gestern folgendes Dekret erlassen: „Bürger! Die Februar-Revolution hat unser edles Land frei gemacht. Das republikanische Frankreich hat nichts zu fürchten, aber es muß sich in eine solche Lage setzen, daß es im Stande ist, auf alle möglichen Fälle vorbereitet zu sein; es muß die Farben, welche das Französische Volk entfaltet hat, vor allen Angriffen gesichert sehen. Die National-Garde und die Armee, in einem und demselben Gefühl vereinigt, haben diese eine Aufgabe zu erfüllen. Die provisorische Regierung wünscht die Reihen der Armee der glühenden Jugend geöffnet zu sehen, welche die erhabene Begeisterung der Vaterlandsliebe in dieselben ruft. Deshalb hat sie beschlossen, freiwillige Enrollirungen von den Fesseln der zu langen Dauer des Militairdienstes zu befreien, und verfügt: Art. 1. Jedem Franzosen steht es frei, in demjenigen Theil des Dienstes, in welchem es ihm beliebt, eine freiwillige Verpflichtung einzugehen, deren Zeitdauer nicht kürzer als zwei Jahre sein kann. Art. 2. In keinem Fall dürfen die Freiwilligen, welche sich auf solche Weise verpflichtet haben, ohne ihre Einwilligung in Nicht-Aktivität versetzt werden.“

Die Union erklärt das hier verbreitete Gerücht, der Englische Botschafter habe seine Pässe verlangt, für durchaus unbegründet.

Die neue Pariser Zeitung Le salut public theilt in ihrer heutigen Nummer folgendes Aktenstück mit, was wir in seinen wesentlichen Punkten übersetzen: Adresse der in Paris lebenden Russen an den Kaiser Nikolaus etc. „... Rußland hat keineswegs ein Interesse, dem Westen Krieg zu erklären. Der Adel und das Volk Rußlands würden diesen Krieg mit Verzweiflung sehen. Durch diesen Krieg würde sich Rußland als unverföhlicher Feind der Freiheit und Civilisation darstellen. Die Russen sind durch ihre begonnene Bildung Kinder des Occidents und gehören Europa an. Sie wollen nicht mit den Asiatischen Völkern zusammengeworfen werden. Möge der Kaiser die Bedürfnisse seines Volkes anhören. Es ruft überall, wie das Pariser am 22. und 23. Februar, Reform! Reform! Es verlangt sociale Reform und Befreiung von 64 Mill. Sklaven; Reform in der Verwaltung des Reichs: politische Reform und Reform jeder Natur. Rußland war der bewaffnete Arm der heil Allianz. Diese heilige Allianz ist mit Metternich gefallen. Der Czar kann sich nicht zum Ritter der zahlreichen Fürsten aufwerfen, und nicht die umgestürzten Throne Europas wieder emporrichten wollen.“ Paris, den 30. März 1848. (Unterschriften.)

Spanien.

Madrid, den 25. März. Gestern wurden zwölf Mitglieder eines Clubs verhaftet, welcher, wie es heißt, die Französische Republik hier einführen wollte. Unter Letztern befindet sich ein irländischer Priester. (Nach diesen Nachrichten ist das in Paris verbreitete Gerücht von einem Aufstande in Madrid zu berichtigen.)

(Mit Beilage und Extrablatt.)

Großbritannien und Irland.

London, den 31. März. Der Prinz von Preußen empfing gestern die Gesandten von Rußland und Hannover und beschäftigte das neue Parlamentsgebäude und das Kolosseum.

Die Blätter melden aus England nichts von irgend einer Erheblichkeit. Ueber die Holstein-Schleswigsche Angelegenheit fahren sie leider fort, aus dem Dänischen zu übersehen. Es ist wohl zu wünschen, daß die nach Deutschland gesandten Korrespondenten den Englischen Zeitungen endlich sowohl über diese Angelegenheit wie über die Deutsche Bewegung überhaupt die Augen öffnen und ihre Irrthümer zerstreuen möchten.

So sicher sich die bestehenden Klassen in England auch fühlen, so können sie doch die Wirkungen der Französischen Umwälzung bei sich nicht ganz abweisen. Die Sprache der unteren Klassen wird immer drohender, und die Chartisten haben in Nottingham eine ungeheure Versammlung gehalten, um einen Abgeordneten zu wählen für ihre Anfangs April nach London ausgeschriebene „Convention.“ Das für die Versammlung eingeräumte Rathhaus war viel zu klein, um Alle zu fassen. Die Versammlung begab sich auf den Markt; die Sprecher standen auf den Stufen, und Lichter wurden um sie herum gehalten. Die heftigsten Reden wurden geführt. „Ich fordere Euch nicht zum Kampfe auf“, sagte ein Redner, „denn dies würde in den Augen des Gesetzes Aufruhr sein, aber wir verstehen uns!“ Julian Harney ward zum Abgeordneten erklärt und ihm aufgetragen, der Convention zu erklären, dies werde das letztemal sein, daß die Chartisten Schwarz auf Weiß petitioniren wollten. Auch in Irland sieht es sehr drohend aus. Von hier ist das 39ste Regiment eiligst nach Manchester marschirt, wo die Gährung ebenfalls groß ist.

In Liverpool sind heute Nachrichten aus New-York vom 11. März eingegangen, welche die Bestätigung und Annahme des Mexikanischen Friedens-Vertrags von Seiten des Nordamerikanischen Senats mit 58 gegen 16 Stimmen melden.

Die Admiralität hat Befehl gegeben, ein Linienschiff von 120 Kanonen, ein anderes von 84 Kanonen und eine Dampfregatte schleunigst auszurüsten.

Nach unverbürgten Nachrichten soll ein Corps Constabler in Dublin von der Regierung abgefallen sein. Sollte es sich so verhalten, so wäre die Lage der Dinge dort sehr beunruhigend.

In der City hieß es heute, unsere Regierung hätte sich mit der Russischen wegen der Friedensstiftung in Italien verständigt. Heute sind hier bedeutende Aufträge zu Pulverankäufen aus Italien eingegangen. Die Sardinische Regierung hat bei einem einzigen Hause 8000 Fässer bestellt.

I t a l i e n.

Rom, den 23. März. Der Oesterreichische Botschafter hat noch an demselben Tage, wo der Doppeladler beschimpft wurde, einen Courier nach Wien gesandt und um seine Entlassung gebeten. Die Geschäfte hat er bereits dem Botschaftsrath Komm. von Ohms überwiesen. Er würde schon abgereist sein, wenn seine Gemahlin nicht noch leidend wäre. Er würde schon abgereist sein, wenn die diplomatische Corps durch den Kardinal-Staats-Sekretair sein tiefes Bedauern über den stattgehabten Skandal an den Tag legen lassen. Die hiesigen Gesandten haben, mit Ausnahme des Französischen Botschafters, der bereits außer Funktion ist, in einer gleichlautenden Note protestirt.

Hier ertönt aufs neue Kriegsgeschrei. Man will noch heute nach der Lombardei ziehen. Ausgelegte Listen haben sich angeblich mit vielen Tausenden (in Wahrheit nur 800) von Unterschriften bedeckt. Das Ministerium hatte bereits gestern die Absicht, um seine Entlassung einzukommen.

Diesen Morgen ist die Bevölkerung aufs neue in der größten Aufregung in Folge der Mailänder Nachrichten. Die Freiwilligen wollen noch heute Nachmittag auf Piazza del Popolo zusammentreten, um mit 2 Dukaten, die eine zu diesem Zwecke gebildete Kasse liefert, den Marsch nach der Lombardei anzutreten. B. Gavazzi hat das Volk bereits heute Morgen wieder haranguirt. Es wird behauptet, der Minister-Rath sei beisammen, um über diesen Freizug zu entscheiden.

Rom, den 24. März. So eben trifft hier aus Litta in der Delegation Perugia die offizielle Nachricht ein, daß die Jesuiten, eingeschüchtert durch mehrere vorausgegangene Drohungen der Volksführer, ihre dortigen Institute in der Nacht geräumt haben. Am 12. März übergab der Gonfaloniere der Stadt, Signorelli, dem Bischof die Schlüssel derselben.

Durch eine Ordnanz des Kriegsministers Abobrandini wurde gestern bekannt gemacht, daß man unter den jetzigen dringenden Umständen Italiens, nach deshalber geflogenem Ministerrath und mit Beistimmung des Papstes, die Listen für Freiwillige in der Expedition des Kriegsministeriums auslegen werde.

Die provisorische Regierung in Como hat sich der dort überwältigten und gefangen genommenen Croaten wegen, 800 Mann an der Zahl, die durch das Tessin, Graubünden und das Liechtensteinsche nach Feldkirch spedirt werden sollen, an die hiesige Regierung gewendet, um die Erlaubniß zum Durchpaß für solche zu erhalten. Derselbe ist auch ohne Weiteres, jedoch unter büdnerrischer Bedeckung, von der hiesigen Regierung gestattet worden. Für die Kosten hostet die provisorische Regierung in Como. — Mailand wimmelt gegenwärtig von bewaffnetem Volk; Piemontesen und Tessiner sind in großer Anzahl zugeströmt. (Hier verbreitet gewesene Angaben, als wäre Mailand von den Oesterreichischen Truppen wieder erstürmt worden, erweisen sich somit als grundlos. Nach der

„Mailänder Zeitung“ steht an der Spitze der provisorischen Regierung Gabrio Casati. Dieselbe erklärt, vor Beendigung des Kriegs werde nichts über die Regierungsform festgesetzt werden. Piacenza will sich mit Sardinien vereinigen.)

Die Lega Ital. meldet aus Parma vom 22. März, der Herzog werde in seinem Palaste vom Volke streng bewacht; ein Fluchtversuch sei verhindert worden. (Demnach würde sich die Angabe der „Allg. Ztg.“ von seiner Durchreise durch Vogen als irrig herausstellen.)

Die am 21. eingefetzte provisorische Regierung von Modena hat folgende Proklamation erlassen: „Modeneser! Das letzte Gebrülle der Italienischen Tyrannei ist erloschen in dem Blute der tapferen Lombarden. Zwischen Verräthern und Verrathenen ist kein Abkommen zulässig. — Franz V. hat aufgehört zu regieren. Es lebe Italien.“ — Die „Patria“ meldet aus Modena vom 20., Abends 6 Uhr: „Der Herzog zerfließt in Thränen der Reue — aber es ist zu spät.“ (Er ist bekanntlich abgereist.)

Chur, den 29. März. Seit Mailand der Oesterreichischen Truppen sich entledigt hat, gewinnt der Aufstand in den Provinzen täglich mehr an Umfang. Ueberall wird ein gleiches Ziel angestrebt, und es zu erreichen, fürchtet man auch die größten Opfer nicht. Auch die Städte Bergamo und Como haben ihre Tage des heißen Kampfes gehabt. Aus Como wird Folgendes geschrieben: „Man muß hier gewesen sein um zu beurtheilen, wie hartnäckig und ruhmvoll der Kampf war. Man muß die Kasernen ansehen, wie sie von Flinten- und Kanonentugeln zerschossen sind, um zu urtheilen, welchen Widerstand die Truppen geleistet haben. Das ganze Volk hat sich erhoben, Alles hat mitgekämpft. Das Volk hat dem Feinde seine Waffen abgerungen, ihm sein Pulver genommen, um es gegen ihn zu gebrauchen. Auch Greise und Geistliche fochten in den Reihen. In Como sollen 2000 Gefangene sein. — Aus Bergamo erfährt man, daß die Oesterreichischen Truppen vom Volke gezwungen wurden, die Stadt zu räumen und dieselben zum Theil sich flüchteten, zum Theil in die besetzte Kaserne S. Francesco sich zurückzogen; daß ferner die Stadt beschloß, in diese Kaserne Parlamentäre zu senden, die 48 Stunden als Geißeln zurückbehalten und mit dem Tode bedroht worden seien.“

Rußland und Polen.

St. Petersburg, den 31. März. Se. Maj. der Kaiser hat einen eigenhändig unterzeichneten sehr wichtigen Ukas erlassen, nach welchem nicht bloß den Bauern, sondern auch den leibeigenen Personen gestattet werden soll, Häuser, Ruten und unbewegliches Vermögen jeder Art zu kaufen und zu erwerben, jedoch nur mit Zustimmung ihrer Gutsherrscher. Wegen früherer Ankäufe der Art soll kein Einwand erhoben werden. — Die Nema ist bereits an zwei Stellen aufgegangen. — Die Cholera erlischt, nur in den Gouvernements Orenburg, Sumbust, Tula, Orel und Tschernigow sind noch Cholerafälle vorgekommen.

Bermischte Nachrichten.

Berlin, den 4. April. Die Nachricht, daß 300 Polen, die in das Königreich einzudringen versucht hätten, gefangen genommen wären, bestätigt sich leider. — Entschieden als falsch dürfen die Gerüchte bezeichnet werden, daß bereits Dänische Kriegsschiffe an den Ostpreussischen Häfen kreuzen. Ebenso unbegründet ist die, schon seit einigen Tagen umlaufende, und neuerdings wieder mit Bestimmtheit gegebene Nachricht, daß England in den Konflikten mit Dänemark einen casus belli sähe. Es scheint im Gegentheil, daß diese große Macht die Aufgabe der Vermittelung zu übernehmen geneigt sei. — Den neuesten hier eingegangenen Nachrichten zufolge sind die am 25. März in Madrid ausgebrochenen Unruhen im Wachsen. Der Belagerungszustand, in welchen die Stadt am 26sten schon erklärt war, dauert fort.

Wenn zu der Volkstammer des Reichstags auf je 70,000 Einwohner 1 Abgeordneter gewählt wird, so würde sich Das, wie die Sächsischen Vaterlandsblätter berechnen, nach der zeitlichen Matrikel folgendergestalt vertheilen: Oesterreich 135, Preußen 113, Baiern 50, Königreich Sachsen 17, Hannover 18, Württemberg 16, Baden 14, Kurhessen 8, Rheinhesen 8, Holstein und Lauenburg 5, Luxemburg 3, Braunschweig 2, Mecklenburg-Schwerin 6, Nassau 4, Sachsen-Weimar 2, Sachsen-Koburg-Gotha 1, Sachsen-Meiningen 1, Sachsen-Altenburg 1, Mecklenburg-Strelitz 1, Oldenburg 3, Anhalt-Deßau 1, Anhalt-Verburg 1, Anhalt-Röthen 1, Schwarzburg-Sonderhausen 1, Schwarzburg-Rudolstadt 1, Hohenzollern-Hechingen 1, Liechtenstein 1, Hohenzollern-Sigmaringen 1, Waldeck 1, Neuß ältere Linie 1, Neuß jüngere Linie 1, Schaumburg-Lippe 1, Lippe 1, Hessen-Homburg 1, Lübeck 1, Frankfurt 1, Bremen 1, Hamburg 1.

Nach der Stimmung, welche sich zu wiederholten Malen ganz unzweideutig in der Landtags-Versammlung kundgab, können wir von dem zweiten Vereinigten Landtage mit Zuversicht erwarten, daß er der neuen Ordnung der Dinge keine Hindernisse in den Weg legen, vielmehr auf jede Weise bestrebt sein werde, nach seinem Theil an der Herstellung des Friedens und der Ordnung mitzuwirken und dem Gouvernement jede Unterstützung zu gewähren, welche erforderlich ist, um die auf die Förderung der Freiheit sowie auf die Kräftigung des Gesetzes gerichteten Maßnahmen auf festen und dauernden Grundlagen ins Leben zu führen.

(Schlechtes Gewissen.) Der Polizei-Direktor Ducker war am 4. b. in seiner Wohnung damit beschäftigt, Papier zu verbrennen, welches einen so starken Rauch veranlaßte, daß die Rauchmaße entstand, es sei Feuer ausgebro-

ben. Man eilte ins Haus die Treppe hinauf und wollte gewaltsam die ver- Ueberfall vermuthete, sprang aus dem Fenster, und hat sich dabei, wie man hört, schlossene Thür öffnen. Herr Duucker, der einen wider seine Person gerichteten erheblich verletzt. (Voss. Ztg.)

Stadt-Theater.

Samstag den 9. April zum Erstenmale: Zopf und Schwert; großes historisches Lustspiel in 5 Abtheilungen von Karl Guckow. — Erste Abth.: „Ein Morgen im Schlosse in Berlin.“ — Zweite Abth.: „Der Arrest.“ — Dritte Abth.: „Heiraths-Bedingungen.“ — Vierte Abth.: „Das Tabaks-Kollegium.“ — Fünfte Abth.: „Der Prinz von Wales.“ — Zur Einleitung: Ouvertüre zu dem Italienischen Schäferspiel: Re pastore, komponirt von Friedrich dem Großen.

Neuigkeit von Ad. Brennglas.

Bei Ign. Jackowig in Leipzig erlitten so eben als Fortsetzung und ist bei G. S. Mittler in Posen zu haben:

Berlin wie es ist und — trinkt.

Von Ad. Brennglas.

XXVIII. Heft. Eine Volks-Jury in Berlin. Mit einem colorirten Titellupfer. 8. elegant geb. im Umschlag Velinp. Preis 7 1/2 Sgr. Die „Volks-Jury“ darf als eines der genialsten Genrebilder des berühmten Verfassers bezeichnet werden und sind die bis jetzt erschienenen 30 Hefte dieses allgemein beliebten Werkes (das VI. Heft: „die Suckkästner“ zählt dreifach) in den neuesten Auflagen wieder vollständig zu haben.

Wie wir erfahren haben, sollen hier mancherlei auffallende Gerüchte verbreitet worden seyn, wie beispielsweise, daß die Deutsche christliche und jüdische Bevölkerung sich verbunden habe, der Polnischen Bevölkerung durch Gift sich zu entledigen. Wiewohl dergleichen ungereimte Gerüchte der Widerlegung unwürdig sind, so mögen sie gleichwohl bei den heutigen Verhältnissen die Gemüther Einzelner beunruhigen, und wir ersuchen daher unsere Mitbürger Deutscher und Polnischer Nationalität, die Quellen solcher Gerüchte und deren Verbreiter den Behörden oder uns anzuzeigen, damit die geeigneten Schritte getroffen werden können, um dem dabei zum Grunde liegenden böswilligen Treiben näher zu treten und dasselbe der verdienten Bestrafung zu überweisen. Posen, den 6. April 1848.

Das Deutsche National-Comité.

Den Deutschen Bewohnern der Provinz Posen, welche auf specielle Veranlassung des Herrn General von Wilisen die Unterzeichneten und den Herrn von Jedtwig erwählten, um bei der Organisations-Commission dem königlichen Commissarius Auskunft über die Verhältnisse der Provinz zu ertheilen und im Interesse der Deutschen Bevölkerung bei der Berathung mitzuwirken, machen wir ergebenst bekannt, daß ungeachtet unserer wiederholten Meldung zu der Organisations-Commission nur der Herr v. Jedtwig von der Deputation zugezogen ist. Die beiden Unterzeichneten bedauern daher, daß sie dem ihnen gewordenen ehrenvollen Auftrage ihrer Committenten nicht entsprechen können. Posen, den 7. April 1848.

Bohm, von Schmidt, Ritterguts-Besitzer und Landrath, Bürger in Kreisdeputirter des Inowraclawer Kreises. Schroda.

Unter den falschen, böswilligen Gerüchten, die in den letzten Tagen hier aufgetaucht sind und die einzig und allein zum Zwecke haben, die verschiedenen Nationalitäten gegen einander aufzureizen, wurde auch ich zu meinem innigsten Bedauern in den Kreis dieser niedrigen nur von Leichtgläubigen und Bösgesinnten ausgehenden Verläumdungen hineingezogen, als wenn ich meiner Gemeinde den Einkauf von Fischen, Brod und dergleichen von unseren Polnischen Mitbrüdern aus thörichten, nur dem Mittelalter angehörigen Befürchtungen, untersagt hätte. — Ich erkläre dies als eine der böswilligsten Verläumdungen und fordere jeden Gutgesinnten auf, mir den Urheber oder Verbreiter dieses Gerüchtes so zu nennen, daß ich ihn der gesetzlichen Strafe übergeben kann. — Möge bald zum Gedeihen Aller Einigkeit und Liebe auch zur Wahrheit werden und so sich der Ausspruch des Propheten Jesajas Kap. 11. recht bald verwirklichen! Posen, den 7. April 1848/5608.

Salomon Eiger, Ober-Rabbiner.

Nachlaß-Auktion.

Montag, den 10. April Vormittags 10 Uhr sollen Berliner-Straße No. 13. zwei Treppen hoch mehrere Nachlassachen, bestehend aus einigen Möbeln, Kleidungsstücken, Wäsche und Reitzzeug, nebst verschiedenen

anderen Gegenständen zum Gebrauch gegen baare Zahlung in Pr. Cour. versteigert werden. Aufschüß.

Berlinische Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

Verschiedene an uns gerichtete Anfragen veranlassen uns, die für Versicherungen von Militair- Personen von unserer Gesellschaft getroffenen Bestimmungen wiederholt zur öffentlichen Kenntniß zu bringen:

I. Als Regel gilt der Grundsatz, daß die Versicherungen derjenigen Militairpersonen, welche als solche ihr Leben bei der Gesellschaft versichert haben, so wie derjenigen als Civilisten bei derselben Versicherten, welche seit der genommenen Versicherung in den Militairdienst eingetreten sind, mit Ablauf von vier Wochen von demjenigen Tage ab erlöschen,

„an welchem der Truppentheil, zu dem sie gehören, auf den Feld-Etat (Kriegsfuß) gesetzt wird.“

(Wir verstehen hierunter denjenigen Zeitpunkt, von welchem ab der betreffende Truppentheil die volle Feldzulage zu empfangen hat)

Die Gesellschaft erstattet jedoch den aus diesem Grunde ausscheidenden Militairs die voraus bezahlte Prämie von dem gedachten Tage ab, und außerdem von sämmtlichen Prämien, welche sie bis zu diesem Tage bezahlt haben, dreißig Procent.

Diese Vergütung muß unmittelbar bei der Direction in Anspruch genommen werden, und das Recht auf dieselbe erlischt, wenn dies nicht binnen vier Wochen von dem bezeichneten Tage ab geschieht.

II. Die Gesellschaft gestattet aber auch den auf Lebenszeit bei ihr versicherten Preussischen Militairs, vom Unteroffizier und Wachtmeister einschließlic aufwärts, desgleichen Militairärzten und Chirurgen die Ausdehnung der Versicherung auf Kriegsgefahr unter den in den von ihr veröffentlichten „Grundsätzen für Versicherung von Militairpersonen“ in Bezug auf Kriegsgefahr gestellten Bedingungen, für eine jährliche Zusatz-Prämie von drei Procent des versicherten Kapitals, und zwar von dem Tage ab gerechnet, an welchem der Versicherte auf den Feld-Etat (siehe oben) gesetzt ist.

Der Antrag auf diese Zusatz-Versicherung muß, bei Verlust des Anspruchs auf dieselbe, ebenfalls binnen der obgedachten vier Wochen, unter Beifügung des in den Grundsätzen für Versicherung gegen Kriegsgefahr vorgeschriebenen Attestes und der einjährigen Zusatz-Prämie, und zwar unmittelbar bei der Direction eingereicht werden.

Neue Lebens-Versicherungen von Militair-Personen, welche bereits auf dem Feld-Etat stehen, werden nicht angenommen.

Denjenigen bei der Gesellschaft auf Lebenszeit versicherten Civilisten, welche in einem bereits auf dem Feld-Etat stehenden Truppentheil eintreten, wird die Ausdehnung der Versicherung auf Kriegsgefahr unter den nämlichen Bedingungen binnen vier Wochen vom Tage ihres Eintritts ab gestattet.

Antragsformulare zu dergleichen Zusatz-Versicherungen, so wie gedruckte Exemplare der „Grundsätze für Versicherungen gegen Kriegsgefahr“ werden die Agenten der Gesellschaft jedem bei der letzteren versicherten Militair auf Verlangen aushändigen, auch den etwa gewünschten sonstigen Beistand leisten. Berlin, den 3. April 1848.

Direction der Berlinischen Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

Table with columns: Namen der Kirchen, Sonntag den 9ten April 1848 (Vormittags, Nachmittags), In der Woche vom 1ten bis 6ten April 1848 sind (geboren: Knaben, Mädchen; gestorben: männl., weibl. Geschl.; getraut: Paare).

Pensionaire finden eine liebevolle und billige Aufnahme bei der verwitweten Proviant-Amis-Controleur Huebner, auf der Wallischei No. 1.

Montag den 10ten April beginnt der neue Course in meiner Anstalt. Die geehrten Familien, welche mir ihre Töchter noch ferner anvertrauen wollen, werden daher ergebenst ersucht, dieselben bis dahin bei mir anzumelden. Das Schulgeld wird bis auf Weiteres für die erste und zweite Klasse auf 3 Rthlr., für die dritte auf 2 1/2 Rthlr. gesetzt. Agnes Hebenstreit.

Ich wohne jetzt Bronkerstraße No. 4. und nehme Knaben und Mädchen, ohne Unterschied des Glaubens, in meine Privatschule auf. R e u f.

Ein Sohn rechtlicher Eltern, der Polnischen und Deutschen Sprache mächtig, kann als Lehrling so gleich eintreten bei A. K u n k e l.

Ich wohne jetzt Graben No. 30. Zimmermeister Seidemann.

Büchsen-Canafter in Pfund-Paketen à 1 Thlr. Geschnittene Barinascanafter à 20 Egr. Barinas in Nollen à 20 Egr. und 15 Egr. Barinas-Mischung No. 1 à 15 Egr., No. 2 à 12 Egr.

Nollen-Portorico à 10 Egr. und alle andern Sorten Rauchtabelle.

Aechten Türkishen Rauchtabelle à 1 Thlr. Cigarren Lager in bedeutender Auswahl zu 25 Egr. à 1, 1 1/2, 1 1/4, 1 1/2, 2 Thlr. u. s. w.

Franzöf. Schnupftabake à 20 Egr. à 1 und 1 1/2 Thlr.

Aechten Meßing à 1 Thlr. Aechten Holl. Schnupftabake à 20, 15 u. 12 1/2 Egr. empfiehlt und offerirt Jac. Trager, Markt No. 57. in Posen.



Pariser Herren-Hüte.

Von einer Pariser Fabrik, welche durch die gegenwärtig herrschende Geldkalamität zu einem raschen Verkauf ihres Waarenlagers gedrängt wird, habe ich eine Zufendung von Herren-Hüten der neuesten Form und besten Qualität empfangen, und bin in Stand gesetzt worden, solche zu auffallend billigen Preisen zu verkaufen. Posen, den 8ten April 1848.

M. Wolff,

Markt- und Breslauerstr.-Ecke No. 61.

Thorner Fischkuchen empfing in Commission Theod. Bogelsdorff, Judenstraße 31.

Schönste Meßinaer Citronen, hochrothe Apfelsinen, große Ungarische Pflaumen und fetten Limb. Sahnläse empfiehlt billigt

J. Ephraim, Wasserstraße No. 2.

Bereinigter Landtag.

Die dritte Sitzung beginnt am 5ten gegen 10½ Uhr unter dem Vorsitze des Marschalls Fürsten zu Solms, mit der Verlesung des Protokolls der vorigen und Ernennung der Herren Brämer und Leipziger zu Secretairen der gegenwärtigen Sitzung. Nachdem der Marschall das Protokoll für angenommen erklärt hatte, erhob sich der Minister des Innern Herr v. Auerswald, um über drei, der Regierung gemachte Anfragen Auskunft zu geben. Hinsichtlich der ersten Frage: ob die Provinzial-Behörden über den gegenwärtigen Zustand des Landes vollständigen Bericht erstattet haben, glaubte der Minister annehmen zu dürfen, daß dies hinreichend geschehen sei, indem sie nicht versäumt hätten, die Zustände, so wie sie seien, zu schildern. Ein Gleiches lasse sich rückichtlich der zweiten Frage: ob die Provinzial-Behörden die geeigneten Mittel zur Abhülfe begehrt haben, behaupten, nur haben sich die Centralbehörden mitunter selbst in der Lage befunden, die Mittel nicht haben durchweg nach dem Wunsche gewähren zu können. Was nun endlich die Frage, ob über die noch zu gewährenden Mittel schon Beschluß gefaßt worden, betreffe, so sei zu erwiedern, daß die Provinzial-Behörden und die Minister geglaubt haben, den eingetretenen Ruhestörungen unmittelbar entgegenzuwirken, selbst, wo es nöthig, mit militärischer Hülfe nicht zurückzuhalten. Wenn letztere noch nicht überall, wo die Nothwendigkeit vorhanden gewesen, eingetreten, so liege der Grund darin, daß zu jener Hülfe sich entweder erst später Anlaß geboten, oder die Forderung später eingegangen sei. Uebrigens sei jetzt die Einrichtung getroffen, daß das Einschreiten des Militärs von dem Einvernehmen mit Civil-Kommissaren abhängt. Um dagegen den Unordnungen und Gesetzmäßigkeiten zu begegnen, sei den sämmtlichen Justiz-Behörden die Weisung zugegangen, die betreffenden Untersuchungen zu beschleunigen und die Erkenntnisse zu veröffentlichen. Die Beamten seien ferner auf das Angelegentlichste gewarnt, sich keiner Pflichtverletzung und keines Mangels an Energie und Umsicht schuldig zu machen, da diese Fehler jetzt strenger, als sonst bestraft werden. So seien die Beamten doppelt und dreifach verantwortlich gemacht. Außer diesen unmittelbaren Maßregeln habe man, ehe man zu den mittelbaren übergehe, die in Ablehnung gegen Gesetz und Recht bestehenden anarchischen Zustände zu betrachten. Der Mangel an Arbeit und das Verhältniß der ländlichen Bevölkerung zu den Grundherren haben jene Zustände mit hervorgerufen. Was nun das zuletzt gedachte Verhältniß betreffe, so seien vorläufig Kreis-Vermittlungskommissionen zur Untersuchung und Beseitigung der Uebelstände eingesetzt, während die geeigneten Organe ihrer Zeit die Regelung übernehmen. Die Sorge für die Arbeiter gehöre zu den ernstesten der Regierung. Hierbei müsse sie aber mit der allergrößten Vorsicht und Behutsamkeit zu Werke gehen, um nicht unerfüllbare Forderungen und nicht zu verwirklichende Hoffnungen zu erzeugen. Die Räte der Krone, welchen die Zustände des Landes wohl bekannt sind, glauben, daß sie in dieser Zeit dem gesunden Sinne des Volks vertrauen können, um dann das, was jetzt unmöglich scheint, aufzubellen. — Der Finanzminister Herr Hansmann theilte noch mit, daß Seitens des Finanzministeriums alles Mögliche geschehe, um die Arbeitslosigkeit zu scheuchen. Die Anordnung öffentlicher Bauten, die Maßregeln wegen der Mahlsteuer, die für Disconto- und Leihkassen bewilligten Gelder zeugten davon. Diese Mittel müßten aber erhöht werden. Die allgemeine und meist thörichte Furcht sei das Hauptübel unserer jetzigen Lage; doch habe er (der Redner) das Vertrauen, daß, wenn die Stände die Regierung unterstützen, diese den Schwierigkeiten gewachsen sein werde. Die Nation sei noch nicht an den Gebrauche der Freiheit gewöhnt, Alles, auch die Anwendung der Freiheit, wolle geübt sein. Nach langjähriger Bevormundung komme das Volk in neue Bahn. Der erste Grundsatze bei Uebung der Freiheit bestehe aber darin, daß Alles sich in ruhiger und friedlicher Diskussion entscheide und zwar durch die Organe des Volks in Verbindung mit der Regierung. Nicht jede Forderung sei leicht zu befriedigen, und deshalb hege er (Hr. S.) zu allen Klassen der Nation, sowohl zu denen, welche durch Arbeit, als zu denen, welche durch geistige Thätigkeit nützlich seien, das Vertrauen, daß eine kurze Uebung der Freiheit sie bewahren werde. Die Regierung müsse aber darauf sehen, daß die Freiheit nicht in Anarchie ausarte. Die Zustände der arbeitenden Klassen müssen allerdings verbessert werden, aber die Arbeiter werden andererseits auch einsehen, daß zu einer Zeit, wo Alles leide, wo der Reiche die Hälfte und zwei Drittheile seines Vermögens einbüße, Entbehrungen unvermeidlich seien. Alles könne nicht mit einem Male geschehen. So wie die Regierung in den letzten Tagen Alles aufgebieten, der Arbeitslosigkeit entgegen zu wirken, so werde sie dies auch ferner thun.

Herr v. Bockum-Dolffs bittet um schnelle Entsendung von Militair nach allen den Punkten, wo es noth thue; ferner die Gemeindebauten auch da, wo sie bereits angefangen, schnelligst zu beenden und den Regierungen aufzugeben, dabei von ihrem bürocratischen Schlendrian abzugehen.

Der Kriegsminister Gen.-Lieut. v. Rejher: Die kommandirenden Generale seien angewiesen, über die Linientruppen zu verfügen, und wo es sein müsse, die Landwehr einzuberufen. Es sei aber unmöglich, den Behörden von hier aus weitere spezielle Anweisungen zuzusenden.

Hr. v. Bismarck-Schönhausen vermisst in den Erklärungen des Ministers des Innern eine dreiste Berührung einer freilich wunden Stelle, der nationalen Entwicklung des Großherzogthums Posen. Er frage weiter, ob es der Regierung willkommen sei, schon heut auf Erörterung der Sache einzugehen: wo nicht, werde er sie in der nächsten Sitzung wiederholen. Er sei überzeugt, daß eine Reorganisation des polnischen Reichs uns in eine doppelt traurige Alternative bringen werde; entweder müsse es die Grenzen des Jahres 1772... (Oh, oh!) Der Minister v. Auerswald (den Redner unterbrechend): Wenn die Regierung auch ihre Absichten Betreffs der Provinz Posen hier äußern wolle, so könne dies doch unmöglich über ein Königreich Polen, es sei eins von vor 1772 oder von später, geschehen. — Was übrigens die Sache selbst betreffe, so sei die Erklärung des Königs, eine nationale Reorganisation schügen und schirmen zu wollen, bekannt. Indem es aber ausge-

sprochen sei, daß man der Nationalität vollständig gerecht werden wolle, spreche man damit auch die unverkürzte Berechtigung in der Provinz Posen aus. Das was den polnischen Bewohnern der Provinz zugesagt worden, solle ihnen gehalten werden. Damit haben sich die hierher gelangten Abg. polnischer Abkunft auch zufrieden erklärt. Hr. v. Bismarck erklärt, daß diese Auseinandersetzungen ihn befriedigten. Hr. Dr. v. Kraszewski erklärt, daß ihm und seinen Freunden aus ihrer Heimathsprovins keine beruhigenden, im Gegentheil täglich, ja fast stündlich betrübende Nachrichten zugehen. Die dortigen Civil- und Militair-Behörden nehmen eine immer feindlichere Stellung gegen die polnische Bevölkerung an, so daß die Polen unter sich und mit den Deutschen entzweit, ja die Polen zu blutiger Entscheidung aufgefordert werden müssen. (Lärm.) Die polnische Frage sei die Lebensfrage der gestützten europäischen Bevölkerung. Posen sei bereits in Belagerungszustand erklärt und das Standrecht dort verkündet. Das Benehmen des Militärs reizt die Polen, nicht minder ein Aufbruch der Bromberger Regierung, in welchem man nur zwischen den Zeilen lesen möge: er müsse darin eine Aufforderung zu galizischen Scenen erblicken. Die polnische Bevölkerung habe nichts zur Sicherung des Friedens unterlassen. Die Polen wissen aber auch sehr wohl, daß Deutschland ohne sie seine großen Zwecke nicht erreichen könne. Preußen und Deutschland haben einen Feind, den sie gefürchtet haben. Eine Stimme: „Wir fürchten Nichts“, er sei noch der alte. So lange aber Polen Polen bleibe, brauche Rußland nicht gefürchtet zu werden. Reiche daher Deutschland den Polen die Hand. Die große Wiedergeburt Deutschlands liege noch in der Wiege, Deutschland habe einen Freund-Nachbar an Polen. Die Provinz habe das Anerbieten nationaler Reorganisation mit dem größten Danke angenommen, die alte Sünde werde in dieser Weise gut gemacht. Bedauern müsse er (der Redner) übrigens schließlich, daß seit dem 22. v. M. erst jetzt die Mittel zur Ausführung des Zwecks bereitet worden.

Minister v. Auerswald: Das Einschreiten der Behörden sei lediglich durch Excesse bedingt worden, indem die polnische Bevölkerung zu Gewaltthaten durch Steuer-Verweigerungen und Abreißen von Landeszeichen seien vorgekommen; es sei ferner Mehres geschehen, was die nothwendige friedliche Reorganisation verlegt habe. Ueber die Maßregeln seien die Nachrichten zwar noch unvollständig, Anlässe aber jedenfalls dazu vorhanden gewesen.

Kriegsminister v. Rejher: Der kommandirende General, der General-Lieutenant v. Colomb, habe, wie er ihm, freilich noch ohne nähere Mittheilung der Gründe angezeigt, Posen in Belagerungszustand erklärt. Der General Colomb aber sei auf das äußerste bemüht gewesen, die Ordnung und Ruhe in mildester Weise zu handhaben. Die polnische Bevölkerung habe dagegen die Absetzung der k. Behörden, die Organisirung eigener Truppen versucht. Er (der Minister) habe dem General noch am 4. geschrieben, die obenerwähnte Maßregel, wenn irgend möglich, zurückzunehmen. Landtags-Kommissar, Minister Camphausen, bedauert, daß Hr. v. C. nicht in dem Geiste sich ausgesprochen, welcher die Sympathieen der Versammlung zu erwecken geeignet sei. Wenn man auch zugeben müsse, daß die polnische Sache eine große sei, so sei sie doch unrettbar verloren, wenn sie Deutschlands Sympathien verliere. (Rauschender Beifall.) Das mögen die Posen-schen Abgeordneten wohl beherzigen und in ihre Heimath bringen.

Hr. Krause bringt zur Sprache, daß den Oberschleßlern noch eine Despotie in den Feudallasten u. s. w. auf den Nacken liege. Die Minister mögen hierfür nicht nur militärische, sondern auch sociale Hülfe gewähren. Minister v. Auerswald erinnert, daß er letztere bereits in Aussicht gestellt. Damit wird die Debatte geschlossen und nach dem Willen der Versammlung zur Tagesordnung übergegangen.

Diese umfaßt den Wahlgesetz-Entwurf. Der Ref. der Abtheilung, Hr. v. Vincke erstattet deren Gutachten. (Die Abth. bestand aus den Hh. Hr. Arnim, als Vorsitzenden, Hr. v. Vincke, Milde, Grabow, v. Kellisch, Brassert, Vertram, v. Raven, Sauten, v. Friesen, Dansmann, Kühlwetter, v. Beckerath, Rodbertus, Brown, Hessenland, Niebold, v. Brodowski.) Es heißt in dem Gutachten: „Es erscheint unbedingt erforderlich, daß es in der Uebergangsperiode vom Schlusse dieses vereinigten Landtags bis zur Verfassung der nach der künftigen Verfassung neu zu bildenden Organe der Landes-Verfassung, nicht an einem gesetzmäßigen Körper fehle, welcher die seitherigen Befugnisse des vereinigten Landtages, namentlich Bewilligung von Staatsanleihen und Zustimmung zu Veränderungen in der Steuergesetzgebung auszuüben berufen ist. Der vereinigte Landtag würde die Rechte der Staatsgläubiger beeinträchtigen, den Staatscredit gefährden, vor Allem aber die Rechte des Volkes, deren Wahrung ihm zur Zeit noch anvertraut ist, preisgeben, wenn er diese Frage ungelöst ließe und so der Krone die unermessliche Verlegenheit bereiten wollte, im etwaigen Drange der Umstände den Rechtsboden aufzugeben und sich selbst Befugnisse beilegen zu müssen, die sie verfassungsmäßig nicht besitzt. Die Abtheilung beantragt, zur Abschneidung aller Zweifel, den Erlaß einer transitorischen Bestimmung des Inhalts: „Die Versammlung ist dazu berufen, die Staatsverfassung durch Vereinbarung mit der Krone festzustellen und die seitherigen reichsständischen Befugnisse, namentlich in Bezug auf die Bewilligung von Steuern und Staatsanleihen für die Dauer ihrer Verhandlungen interimistisch auszuüben.“ Die Versammlung nimmt diesen Antrag ohne Debatte fast einstimmig an und geht jetzt zur Erwägung der einzelnen Paragraphen über.“ (Schluß folgt.)

*) Das Wahlgesetz wurde angenommen, und zwar wurden die Diensthoten als Wähler und auch die aus öffentlichen Mitteln Unterstützung Empfangenden als wahlfähig zugelassen.

Berichtigung.

Im Extrablatt zu No. 83. d. Zeitung muß es Seite 1, Spalte 1, Zeile 8 v. o. heißen: „Herr v. Schenkendorf“ statt „Herr v. Sedendorf.“

Frankfurt, den 5. April. Nachdem in der vorgestrigen Sitzung die Minorität wieder in den Sitzungssaal zurückgekehrt war und der Abgeordnete Hecker den Austritt und die Rückkehr derselben motivirt hatte, wurden die Verhandlungen fortgesetzt.

Vize-Präsident R. Blum findet alle die Anträge hinsichtlich der Volksrechte und in Betreff socialer Reformen, wo es besonders die arbeitenden Klassen angeht, schön und gut und unterstützt dieselben, hält aber die Zeit zu ihrer Berathung für nicht ausreichend und stellt deshalb als Antrag die Frage: ob die Versammlung ihre grundsätzliche Zustimmung zu allen den hierher gehörenden von verschiedenen Mitgliedern gestellten Anträgen geben und das Uebrige der konstituierenden National-Versammlung überlassen wolle. Leue und Berthold Auerbach machen noch ihre Ansicht geltend, und Jordan beantragt, daß die National-Versammlung auch die die Auswanderung betreffenden Fragen in den Bereich ihrer Berathungen und Beschlüsse aufnehme. (Ruf: Abstimmten!) Nach einer kurzen Debatte einigte sich die Versammlung dahin, daß sie die Frage: Sollen alle die verschiedenen Anträge, betreffend Rechte, Forderungen und Wünsche des Volkes, eben so die socialen und anderen Fragen der National-Versammlung, „zur Prüfung und geeigneten Berücksichtigung“ vorgelegt werden? einstimmig annahm.

Hierauf wurde eine halbstündige Pause gemacht.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung, um 3 Uhr Nachmittags, bemerkte man an den sehr gelichteten Banken, daß bereits viele Mitglieder der vorberathenden Versammlung abgereist seien. Der Präsident gab eine gedrängte Uebersicht von den eingegangenen Anträgen, unter anderen von Reichersberg über einen an das deutsche Volk zu erlassenden Anspruch zur Beruhigung der Gemüther; von Holland wegen der Verhältnisse des deutschen Zollvereins zu den Niederlanden und wegen der Stellvertreter der zur konstituierenden Versammlung gewählten Mitglieder in deren Verhinderungsfalle (in welcher letzten Beziehung die Versammlung entschied, daß der permanente Ausschuss die Stellvertreter nicht einberufen könne); von Pohle wegen Einführung vertretender Versammlungen in allen Staaten Deutschlands; von Buttke wegen einer an die Regierungen zu richtenden Aufforderung zur Deckung der Ostgränze; von Holland und Weltlin wegen der durch den Ausschuss aus Oesterreich zur konstituierenden Versammlung einzuladenden Abgeordneten etc. Wiesner will, daß der Wahl in Oesterreich kein Hinderniß irgend einer Art erweckt werde; Oesterreich wird gewiß gut zu wählen wissen, doch soll es dem Ausschuss anheim gegeben bleiben, von dort sechs Männer des öffentlichen Vertrauens hierher zu bescheiden. v. Closen unterstützt diesen Antrag und will, daß die sechs Oesterreicher gleich eingeladen würden, und daß der Ausschuss, statt aus 50, aus 56 Mitgliedern bestehe. Dieser Antrag wird angenommen. Basser mann protestirt gegen diese Annahme und verlangt, daß an der bereits festgestellten Zahl der 50 Ausschuss-Mitglieder nichts verändert werde. Die Versammlung beschließt jedoch wiederholt, daß außer den bereits gewählten 50 Ausschuss-Mitgliedern der Ausschuss selbst sich deren noch 6 aus Oesterreich beizugesellen habe. Der Antrag des Abgeordneten Roquette, daß die deutsche Bevölkerung in Posen nicht ausgeopfert werden dürfe, sollte, als bereits erledigt, beseitigt werden, der Antragdruck für ihre deutschen Mitbürger im Großherzogthum Posen und in den beiden Provinzen Preußens, die Deutsche bleiben und nicht Polen werden wollen. Buttke wünschte, daß die Deutschen in Posen eingeladen würden, sich bei der konstituierenden Versammlung zu betheiligen, ohne dadurch jedoch das Nationalgefühl der Polen zu verletzen. Ein anderer Redner sprach mit Feuer für die Wiederherstellung Polens und verlangte, Oesterreich und Preußen sollten ihre polnischen Landestheile unmittelbar freigeben, dagegen sollten alle Deutschen in anderen Staaten für Deutschland wiedergewonnen werden. Blum entgegnet darauf: Es sei nur darum zu thun, Vertreter Deutschlands in der konstituierenden Versammlung zu vereinigen. Man könne wünschen, daß die deutschen Brüder unter russischem oder jedem anderen Scepter wieder wirkliche Deutsche würden; aber Vertreter derselben hierher zu bescheiden, würde unklug sein. Man müßte dann nicht allein die russischen, sondern auch die belgischen, französischen, italienischen, siebenbürgischen, ungarischen u. a. Deutschen auffordern, ihre Abgeordneten nach Frankfurt zu senden, mit anderen Worten, man müsse dem ganzen Europa den Krieg erklären, und das werde man doch nicht wollen, um so mehr, da man hier versammelt sei, nicht um Unruhe, sondern um Ruhe zu stiften.

Bei der Abstimmung entschied die Versammlung die Fragen: „Sollen die russischen Ostsee-Provinzen eingeladen werden?“ mit fast einstimmigem Nein, und: „Ist an den König von Preußen und an den Kaiser von Oesterreich zur Wiederherstellung Polens eine Aufforderung zu richten?“ in dem gleichen Sinne mit Nein. Hinsichtlich der Deutschen in der Provinz Posen wurde, wie bereits früher festgestellt, die Entscheidung offen gelassen. Blum's Antrag, daß man den aus Frankreich und Deutschland in ihr Vaterland zurückkehrenden Polen aus Staatsmitteln Unterstützung angedeihen lassen möge, wurde einstimmig genehmigt. Den Antrag, den Volks-Versammlungen und der Siebener-Kommission für ihre vaterländischen Bestrebungen den Dank der Versammlung zu bezeugen, fand bereitwillige Annahme, eben so auch Wenedich's Verlangen, daß die Verhandlungen des Ausschusses durch die Presse zu veröffentlichen seien. Die von Röding er gestellte Frage: Sollen die Mitglieder der verschiedenen Stände-Kammern zugleich Mitglieder der Reichs-Versammlungen sein? wurde mit Nein beantwortet, dagegen aber festgestellt, daß jene zugleich Mitglieder der letzten sein können. Jordan mahnt nachdrücklich zur Ordnung und Befuglichkeit nach dem Schlusse der gegenwärtigen Verhandlungen.

Der Präsident staltete nun noch summarisch Bericht ab über verschiedene an die vorberathende Versammlung gerichtete Adressen, nämlich eine von Judva, zwei von Wiesbaden, eine von Mannheim, eine von Marburg, eine von Leipzig, eine von Hanau, eine von Friedrichshafen, eine von Tettnang, eine von Lausanne, zwei aus Westpreußen etc. — Der Pole Guskowski sprach mit Anstand und Feuer für die Wiederherstellung seines Vaterlandes und die Freundschaft zwischen demselben und Deutschland, was mit Beifall vernommen wurde. Mit langanhaltendem Jubel wurde der von Raveaur gestellte Antrag, „dem gastfreundlichen Frankfurt den Dank der Versammlung darzubringen“ einstimmig angenommen. Dr. Kriegl sprach hierauf die erkenntliche Erwiderung

im Namen Frankfurts in würdiger Weise aus. Wleders Frage: Sind die Taggelder der Abgeordneten zum Reichstage von den einzelnen Staaten zu bestreiten? wurde, als sich von selbst verstand, mit Ja beantwortet. Noch beantragte ein Deputirter aus Westpreußen, daß man es dem Deutschen in seiner Provinz und in Posen überlassen möge, selbst die Gränze zwischen Deutschland und Polen zu bestimmen, wogegen nichts erwidert wurde.

Der Präsident verkündete, daß das Ergebnis der Wahlen hinsichtlich der 50 Ausschussmitglieder morgen Vormittag 8 Uhr sowohl vom Bureau herab, als durch die Presse verkündet werden solle. Sodann schloß er die vorberathenden Verhandlungen der Versammlung mit einer kurzen gediegenen Rede. Es gebe Stunden im Leben, sagte er, wo man fühle, daß man wahrhaft gelebt habe. Solche Stunden seien unvergeßlich und gewährten Entschädigung für viele andere traurige oder peinliche Stunden. Er fühle es, daß die vier letzten Tage Stunden der ersten Art nicht wenige geboten. Die Versammlung, welche sich jetzt auflöse, wäre vor einem Jahre noch ein Verbrechen gewesen, jetzt sei sie der Geschäftsführer der Nation geworden. Obgleich sie noch nicht als konstituierende Versammlung aufgetreten sei, würden ihre Beschlüsse doch allgemein geachtet werden und gute Früchte tragen; die in vier Wochen zusammentretende National-Versammlung werde sie nicht unberücksichtigt lassen. Daß für Deutschland Besseres bevorstehe, als bisher, davon sei Jeder durchdrungen. Des Volkes Wille wird hinfür Kraft haben und nicht mehr getäuscht, nicht mehr nichtachtet werden. Ueber Alles segnend werde aber die Einheit und Eintracht im großen Deutschen Vaterlande walten. Ein neuer Bund werde entstehen, groß und mächtig, und Jeder von uns werde bald stolz sein können, ein Deutscher zu sein. Der Redner richtete noch einige Worte ernster Mahnung an die Fürsten, an das Volk und an die Versammlung, wonach er die Verhandlungen dieser letzten für geschlossen erklärte. Die Versammlung brachte ihrem Präsidenten ein Lebehoch und trennte sich, nachdem Robert Blum noch verkündet hatte, daß zur Wirklichung vieler Wünsche, bei einem gemeinschaftlichen Wahle kurz vor der Trennung sich noch vereinigt zu finden, eine Zusammenkunft im „Englischen Hofe“ in Vorschlag gebracht werde, was genehmigt wurde. Beim Austritt aus der Paulskirche wurden die Mitglieder der Versammlung, mit dem Präsidenten an ihrer Spitze, von der in einem großen Quarré aufgestellten Frankfurter Bürgerwehr mit tausendstimmigem, oft wiederholtem Hoch begrüßt, während der Fahnenmarsch geschlagen, die Fahnen geschwenkt und das Gewehr präsentirt wurde.

Die Namen der in den permanenten Ausschuss zur Vorbereitung der Einberufung des deutschen Parlaments gewählten 50 Mitglieder, die auch sogleich zur Vorberathung im Kaiserthale zusammentraten, so wie auch die Namen der erwählten Stellvertreter, sind:

Wiesner (Oesterreich); Jgstein (Baden); R. Blum (Sachsen); Jakobi (Königsberg); Kolb (Rheinbayern); Abegg (Breslau); Coiron (Baden); Simon (Breslau); Schott (Württemberg); Murschel (Württemberg); Raveaur (Rheinpreußen); Spag (Rheinbayern); Eisenmann (Bayern); Schleiden (Schleswig); Maithy (Baden); Gülich (Schleswig-Holst.); Freudentheil (Hannover); Gr. Biffingen (Oesterr.); Stadmann (Rheinprovinz); Benedich (Rheinpr.); Schnelle (Mecklenburg); Siemens (Hannover); Jürgens (Braunschweig); Zachariä (Hannover); Wippermann (Kassel); Lehne (Rheinheffen); Biedermann (Nassau); Ruder (Oldenburg); Hergenbahn (Nassau); Buhl (Baden); Nonne (Hildburghausen); Kierulff (Mecklenburg); Hecker (Hamm); Cetto (Rhein-Preußen); Duckwig (Bremen); Rehn (Lübeck); Schwarzenberg (Kassel); Brund (Rhein-Hessen); Mappes (Frankfurt); Pagenstecher (Preußen); Wilhelm (Preußen); Briegleb (Koburg); Blachière (Kurheffen); v. Closen (Bayern); Paur (Bayern); Reh (Darmstadt); Mack (Württemberg); Meyer (Preußen); Wedemeyer (Preußen); Kanzler Wächter (Württemberg).

Stellvertreter: Hecker (Baden); Leue (Rheinpreußen); Schaffrath (Sachsen); Vogt (Hessen); Joseph (Sachsen); Jucho (Frankfurt); Tafel (Württemberg); Ernst Leister (Nassau); Schweikart (Württemberg); Zig (Rheinheffen); Runge (Mecklenburg); Struve (Baden); Alsmann (Braunschweig); Graf Reichenbach (Schlesien); von Sybel (Marburg); Wesendonk (Rheinheim); Brentano (Baden); Streckler (Mainz); Niefer (Hamburg); Hoff (Mannheim); d'Est (Köln); Wurm (Hamburg); Hepp (Rheinpreußen); Riedl (Bayern); Wigard (Dresden); Detering (Hannover); Plange (Preußen); Ronge (Preußen); von Diemar (Württemberg); Hildebrand (Marburg); Peter (Baden); Würgers (Köln); Schlössel (Breslau); Pelz (Rheinpreußen); Junghanns II. (Baden); Titus (Bayern); Fürst (Posen); Wuttke (Leipzig); Depener (Dessau); Nohl (Preußen); Pelz (Preußen); Hanstein (Sachsen); Wiedemann (Bayern); Schmitz (Preußen); Prell (Bayern); Christmann (Rheinbayern); Mohr (Rheinheffen).

Paris den 4. April. (Tel. Dep.) In vielen Städten Frankreichs sind Unruhen ausgebrochen. In Lyon haben sich zwei Regimenter empört.

Der König von Sardinien ist an die Spitze der Truppen getreten. Eugen, Prinz von Savoyen, ist einstweilen Statthalter geworden.

Von Rom marschiren 6 Regimenter und 3 Batterien an die Gränze.

Warschau, 3. April. Gestern Nachmittag hielt der Feldmarschall, Stadthalter des Königreichs, umgeben von einem zahlreichen Generalkstab, eine Musterung über die in der Krakauer Vorstadt, neuen Welt, Jerusalem Straße und Allee aufgestellten Infanterie-, Kavallerie- und Artillerie-Regimenter, die sodann auf dem sächsischen Platz vor demselben defilirten. Der Sohn des Stadthalters, Flügel-Adjutant des Kaisers, Fürst Theodor Paskewich, ist von St. Petersburg hier eingetroffen. Zwischen dem 1. und 6. d. M. sollen, wie die hiesigen Zeitungen melden, noch fünf Infanterie-Regimenter, jedes in seinem vollständigen Bestand von vier Bataillonen, zusammen 20,000 Mann, im Königreich Polen anlangen und davon 2 nach der Festung Neu-Georgiewsk (Modlin), 3 aber in das Gouvernement Lublin sich begeben.